



Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer

Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum

Wie die Bevölkerung über soziale
Unterschiede denkt

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Steffen Mau ist Professor für Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Jan-Ocko Heuer ist Postdoc am Lehrbereich Makrosoziologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Max Ostermayer ist in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik für den Arbeitsbereich Alterssicherung verantwortlich und betreut im Rahmen des Projekts „gute gesellschaft soziale demokratie #2017plus“ das Thema „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“.

Steffen Mau, Jan-Ocko Heuer

Wachsende Ungleichheit als Gefahr für nachhaltiges Wachstum

Wie die Bevölkerung über soziale
Unterschiede denkt

2		VORWORT
3	1	SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND
4	2	WAHRNEHMUNG VON UNGLEICHHEIT IN DER BEVÖLKERUNG
7	3	IM KONTEXT: WISSENSCHAFTLICHE BEFUNDE ZUM THEMA UNGLEICHHEIT
8	4	UNGLEICHHEIT VERRINGERN – MASSNAHMEN UND FINANZIERUNG
11	5	FAZIT: EINE FRAGE DER STRATEGIE
12		Abbildungs- und Tabellenverzeichnis
12		Literaturverzeichnis

VORWORT

In welche Richtung soll sich der deutsche Wohlfahrtsstaat in den Augen der Bevölkerung in den nächsten Jahren konkret weiterentwickeln? Dieser Frage haben wir uns im Projekt „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ angenommen. In einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung haben wir die Menschen gefragt, welchen Wohlfahrtsstaat sie sich wünschen, wie gut sie sich abgesichert fühlen und wo sie besonderen Handlungsbedarf sehen.

Die vorliegende Veröffentlichung stellt ein erstes zentrales Ergebnis in den Mittelpunkt: Die Deutschen wünschen sich eine gleichere Gesellschaft. Eine große Mehrheit in der Bevölkerung ist der Ansicht, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß ist und langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung schadet. Auch politische Maßnahmen zur Verringerung von Ungleichheit erhalten hohe Zustimmung.

In weiteren Beiträgen werden wir im Laufe des Jahres beleuchten, welche Schlüsse die Menschen aus dieser Bewertung für die Zukunft des Wohlfahrtsstaates ziehen. Klar ist: Soziale Ungleichheit ist ein zentrales Thema, dem sich die Politik in den nächsten Jahren annehmen muss.

MAX OSTERMAYER

Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der
Friedrich-Ebert-Stiftung

1

SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND

Vor Kurzem schlug eine Studie der Nichtregierungsorganisation Oxfam zur sozialen Ungleichheit hohe Wellen in den Medien. Nach dieser Studie haben die 62 reichsten Individuen dieser Welt ungefähr so viel Vermögen wie die gesamte ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, d. h. rund 3,6 Milliarden Menschen. Zudem zeigt die Studie, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter öffnet: Das Vermögen der 62 Reichsten war innerhalb von fünf Jahren um 45 Prozent und damit um rund 542 Milliarden US-Dollar auf 1,76 Billionen US-Dollar gewachsen, während das Vermögen der ärmeren Hälfte um rund eine Billion US-Dollar zurückgegangen war (Oxfam 2016). Doch nicht nur im globalen Maßstab steigt die soziale Ungleichheit: Nach einer Phase moderater Ungleichheit in den 1960er und 1970er Jahren ist in den entwickelten Industrienationen die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen. In Deutschland ist die Ungleichheit der Vermögen und Einkommen im Vergleich zu anderen industrialisierten Ländern relativ hoch. Auch hierzulande zeigt sich ein langfristiger Trend zur Zunahme von Ungleichheit, der nur durch kleinere Schwankungen oder von der Finanzkrise ausgelöste Reichtumsdellen unterbrochen wird. Internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die Organisation für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) sehen die steigende soziale Ungleichheit mittlerweile als eine der größten politischen Herausforderungen für die Zukunft an. Dabei reift die Einsicht, dass sich große soziale Ungleichheit nicht nur negativ auf den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft auswirkt, sondern auch einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung schadet.

Der Sozial- und Steuerstaat gilt gemeinhin als die zentrale Institution zur Reduzierung von Ungleichheit und zur Förderung von Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Staatliche Interventionspolitik unterliegt jedoch einem ständigen Wandel und muss sich an der Wahrnehmung von sozialen Problemen und geeigneten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung in der Bevölkerung orientieren. Jede Sozialpolitik braucht Unterstützung und Legitimität aus der Breite der Gesellschaft. Aus diesem Grund hat die Friedrich-Ebert-Stiftung im Rahmen des Projektes „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ mit

einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung zur „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ die Präferenzen der Bevölkerung zur Ausrichtung und Finanzierung des Sozialstaates erhoben.¹ Aus dieser Befragung werden wir im Folgenden Ergebnisse zum Thema Ungleichheit und Maßnahmen zu ihrer Reduzierung vorstellen und mit wissenschaftlichen Befunden zum Thema kontextualisieren.

¹ Befragt wurden 2.000 Personen, die repräsentativ für die wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren sind, per computergestützten Telefoninterviews zwischen dem 30.11.2015 und dem 18.12.2015 durch TNS Infratest Politikforschung unter der Leitung von Dr. Nico Siegel und Roberto Heinrich. Die Fehlertoleranz liegt bei 1,0 (bei einem Anteilswert von 5 Prozent) bis 2,2 (bei einem Anteilswert von 50 Prozent) Prozentpunkten.

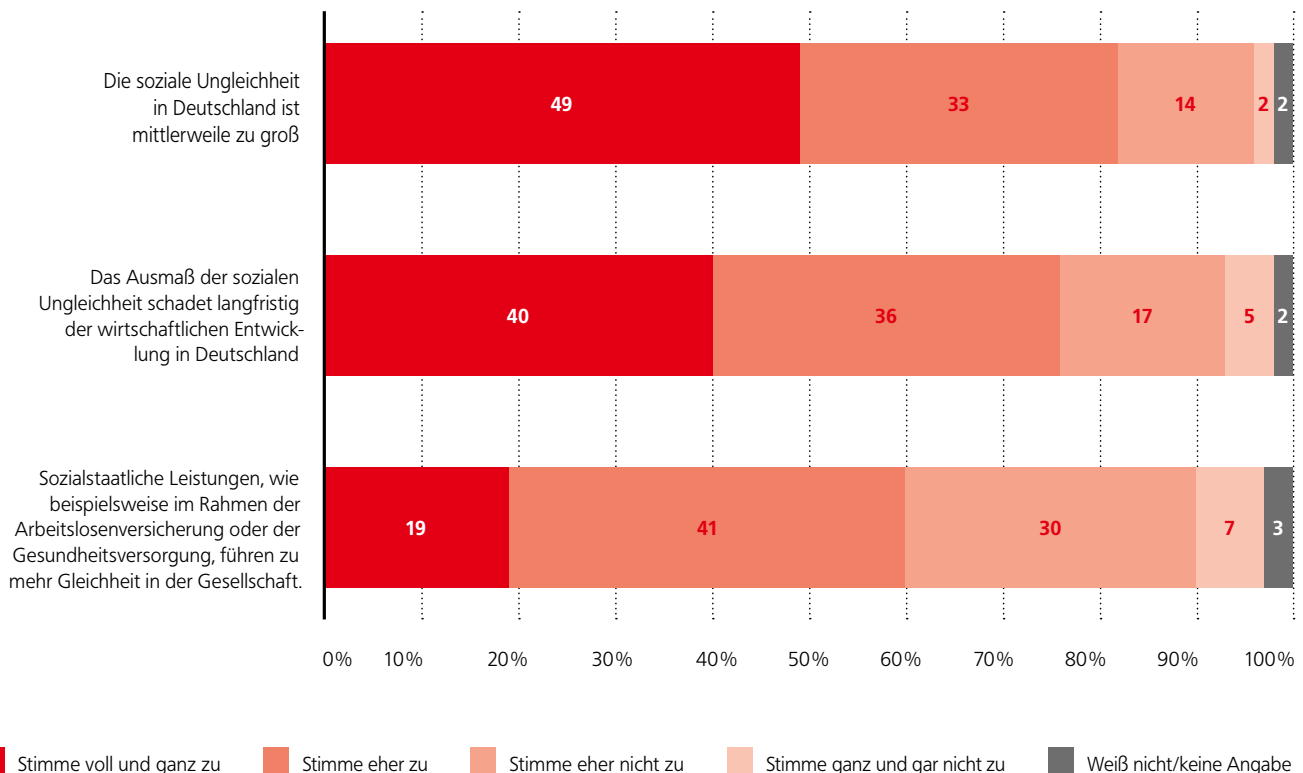
2

WAHRNEHMUNG VON UNGLEICHHEIT IN DER BEVÖLKERUNG

In der vorliegenden Befragung sieht eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die soziale Ungleichheit in Deutschland als zu groß an: Rund vier Fünftel aller Befragten (82 Prozent) stimmen der Aussage „Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß“ zu (vgl. Abbildung 1). Es handelt sich hierbei um ein weit verbreitetes Unbehagen über die Ungleichheit, denn in allen sozio-demographischen Gruppen stimmt eine breite Mehrheit dieser Einschätzung zu.

Die Kritik am Ausmaß der sozialen Ungleichheit ist in Ostdeutschland mit 85 Prozent Zustimmung größer als in Westdeutschland mit 81 Prozent und bei Frauen (84 Prozent) größer als bei Männern (80 Prozent); zudem ist sie tendenziell größer bei Personen mit niedrigerem Schulabschluss und geringerem Einkommen. Stark ausgeprägt ist die Zustimmung in den unteren sozialen Schichten: So stimmen von denjenigen, die sich subjektiv der Unter- oder Arbeiterschicht zuordnen, fast neun

Abbildung 1
Einstellungen in der Bevölkerung zu Aussagen über soziale Ungleichheit



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015)

von zehn Befragten der Aussage zu. Ebenso ist die Zustimmung hoch bei Personen, die bei der letzten Bundestagswahl die SPD (87 Prozent) oder Die Linke (92 Prozent) gewählt haben. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass unter denjenigen, die Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben, die Zustimmung mit 90 Prozent ebenfalls sehr hoch ist, obwohl sich diese Personengruppe häufiger höheren sozialen Schichten zuordnet und über höhere Einkommen verfügt (vgl. Tabelle 1).

Ebenfalls hohe Zustimmung in der Bevölkerung findet eine zweite Aussage, die sich den Auswirkungen sozialer Ungleichheit widmet: Rund drei Viertel aller Befragten (76 Prozent) stimmen der Einschätzung zu, dass das Ausmaß der sozialen Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung schadet (vgl. Abbildung 1). Diese hohen Zustimmungsraten sind überraschend, da in der Öffentlichkeit über lange Zeit ein umgekehrter Zusammenhang hergestellt wurde: So führe ein ho-

Tabelle 1
Zustimmung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu Aussagen über soziale Ungleichheit

	Die soziale Ungleichheit in Deutschland ist mittlerweile zu groß (%) (Frage 1)	Das Ausmaß der sozialen Ungleichheit schadet langfristig der wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland (%)	Sozialstaatliche Leistungen, wie beispielsweise im Rahmen der Arbeitslosenversicherung oder der Gesundheitsversorgung, führen zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft (%)
Gesamt	82	76	60
Region			
West	81	76	60
Ost	85	75	60
Geschlecht			
Männlich	80	75	61
Weiblich	84	77	59
Schulabschluss			
Haupt-/Volksschule	84	80	54
Mittlere Reife/POS	84	75	60
Abitur/FH-Reife	79	74	67
Stimme Bundestagswahl 2013			
SPD	87	81	64
CDU/CSU	76	70	59
Bündnis 90/Die Grünen	90	77	67
FDP	59	73	61
Die Linke	92	88	70
Nicht teilgenommen	87	76	56
Subjektive Schichteinstufung			
Unterschicht	86	87	40
Arbeiterschicht	87	79	59
Mittelschicht	81	75	61
Obere Mittel-/Oberschicht	74	69	64
Eigene wirtschaftliche Lage			
Sehr gut	72	77	57
Gut	80	73	63
Teils gut/teils schlecht	85	78	56
Schlecht	92	87	53
Sehr schlecht	90	82	39
Haushalts-Nettoeinkommen			
Bis unter 1000 Euro	84	83	47
1000 bis unter 2000 Euro	86	77	60
2000 bis unter 3000 Euro	86	77	66
3000 bis unter 4000 Euro	82	77	56
4000 Euro und mehr	76	73	61

Kumulierte Prozentwerte für die Ausprägungen „stimme voll und ganz zu“ und „stimme eher zu“

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015)

her Umverteilungsgrad durch negative Leistungs- und Investitionsanreize zu geringem Wirtschaftswachstum; Ungleichheit wirke hingegen als Wachstumstreiber, da sie positive Leistungs- und Investitionsanreize setze. Die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind bei dieser Aussage gering, und auch zwischen den politischen Lagern gibt es relativ geringe Unterschiede. Hohe Zustimmung erhält diese Aussage erwartungsgemäß bei benachteiligten Personengruppen, etwa Personen mit geringem Einkommen, Personen, die sich der Unterschicht zuordnen, sowie Personen, die ihre wirtschaftliche Situation als schlecht oder sehr schlecht bezeichnen (vgl. Tabelle 1).

Die in diesen beiden Aussagen zum Ausdruck kommende Problematisierung sozialer Ungleichheit und ihrer wirtschaftlichen Auswirkungen ließe erwarten, dass die Bevölkerung die ungleichheitsverringenden Effekte sozialstaatlicher Umverteilung wertschätzt und hervorhebt. Die Ergebnisse der Befragung deuten jedoch auf eine gewisse Skepsis gegenüber dem Wohlfahrtsstaat in seiner gegenwärtigen Gestalt hin, zumindest wenn man direkt nach gleichheitsschaffenden Wirkungen sozialstaatlicher Intervention fragt. So erhält die Aussage „Sozialstaatliche Leistungen, wie beispielsweise im Rahmen der Arbeitslosenversicherung oder der Gesundheitsversorgung, führen zu mehr Gleichheit in der Gesellschaft“ mit 60 Prozent eine deutlich geringere Zustimmung in der Bevölkerung als die zuvor dargestellten Aussagen (vgl. Abbildung 1). Besonders auffällig ist, dass insbesondere diejenigen Gruppen, die von einer staatlichen Reduzierung von Ungleichheit am meisten profitieren würden, dem Sozialstaat ein eher schlechtes Zeugnis ausstellen: Nur 40 Prozent der Befragten, die sich der Unterschicht zurechnen, sehen den Sozialstaat als gleichheitsfördernd an, und von denjenigen, die ihre wirtschaftliche Lage als sehr schlecht bezeichnen, sind es lediglich 39 Prozent. Generell wird dem Sozialstaat ein umso besseres Zeugnis für seine ungleichheitsreduzierende Wirkung ausgestellt, je weniger man auf diese Wirkung angewiesen ist: So sehen von den Personen, die sich der oberen Mittelschicht oder Oberschicht zuordnen, fast zwei Drittel den Sozialstaat als gleichheitsfördernd an (vgl. Tabelle 1). Die Sozialstaats-Skepsis unter den wirtschaftlich Benachteiligten bedeutet nicht, dass das normative Prinzip einer sozialstaatlichen Umverteilung abgelehnt wird, kann aber als lebensweltliche Erfahrung einer begrenzten Wirksamkeit dieser Umverteilung interpretiert werden.

3

IM KONTEXT: WISSENSCHAFTLICHE BEFUNDE ZUM THEMA UNGLEICHHEIT

Die weit verbreitete Wahrnehmung, dass die soziale Ungleichheit in Deutschland zu groß sei, kann als Reaktion auf die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung verstanden werden, denn in Deutschland ist die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten deutlich angestiegen (Grabka 2014). Allerdings ist eine kritische Bewertung des Ausmaßes sozialer Ungleichheit in der Bevölkerung keineswegs ein neues Phänomen und deckt sich mit den Ergebnissen ähnlicher Befragungen aus den 1990er und 2000er Jahren: So bezeichnete bereits im Jahr 1992 eine große Mehrheit der Bevölkerung – rund 84 Prozent in Westdeutschland und sogar 98 Prozent in Ostdeutschland – die Unterschiede bei den Einkommen in Deutschland als zu groß, und auch 2006 sahen 80 Prozent der Befragten in den alten Bundesländern und 88 Prozent in den neuen Bundesländern die Einkommensunterschiede als zu groß an (Nüchter et al. 2010: 27). Selbst wenn man berücksichtigt, dass die größte Zunahme der Einkommens- und Vermögensungleichheit bereits in den 1990er und frühen 2000er Jahren stattgefunden hat, so lässt die relative Konstanz bei der Ungleichheitswahrnehmung darauf schließen, dass ein Anstieg sozialer Ungleichheit keineswegs zwangsläufig zu einer verstärkten „Ungleichheitskritik“ führt – eine Schlussfolgerung, die auch von einer international vergleichenden Studie von Kenworthy und McCall (2008: 47) geteilt wird, die für Deutschland sogar eine besonders deutliche Abweichung der Ungleichheitswahrnehmung in der Bevölkerung von der Entwicklung der Einkommensungleichheit feststellt.

Die ebenfalls in der Bevölkerung weit verbreitete Ansicht, dass das Ausmaß der sozialen Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung schade, wird von jüngeren Studien internationaler Organisationen untermauert. So argumentiert beispielsweise die OECD (2015), dass sich hohe Einkommensungleichheit mittelfristig negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirke und schätzt anhand der vorhandenen Daten für Deutschland, dass ohne den Anstieg der Ungleichheit zwischen 1985 und 2005 der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf zwischen 1990 und 2010 um 6 Prozent höher gelegen hätte: bei 32 Prozent anstatt bei 26 Prozent. Ursache dafür sei, dass die unteren 30 bis 40 Prozent der Einkommensbezieher den Anschluss an den Rest der Bevölkerung verlieren. Als zentraler

Wirkmechanismus seien die geringeren Bildungschancen von Kindern aus ärmeren Familien maßgeblich. Auch der IWF bezeichnet die steigende Ungleichheit der Einkommen als entscheidende Herausforderung der Gegenwart und zeigt in einer Studie, dass ein Anstieg der Einkommen des oberen Fünftels der Einkommensskala zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums führt, während ein Anstieg der Einkommen des unteren Einkommensfünftels mehr Wachstum zur Folge hat (Dabla-Norris et al. 2015). Es gibt somit nicht nur ethisch-normative, sondern auch ökonomisch-sozialinvestive Gründe für eine Reduzierung der gestiegenen Ungleichheit.

4

UNGLEICHHEIT VERRINGERN – MASSNAHMEN UND FINANZIERUNG

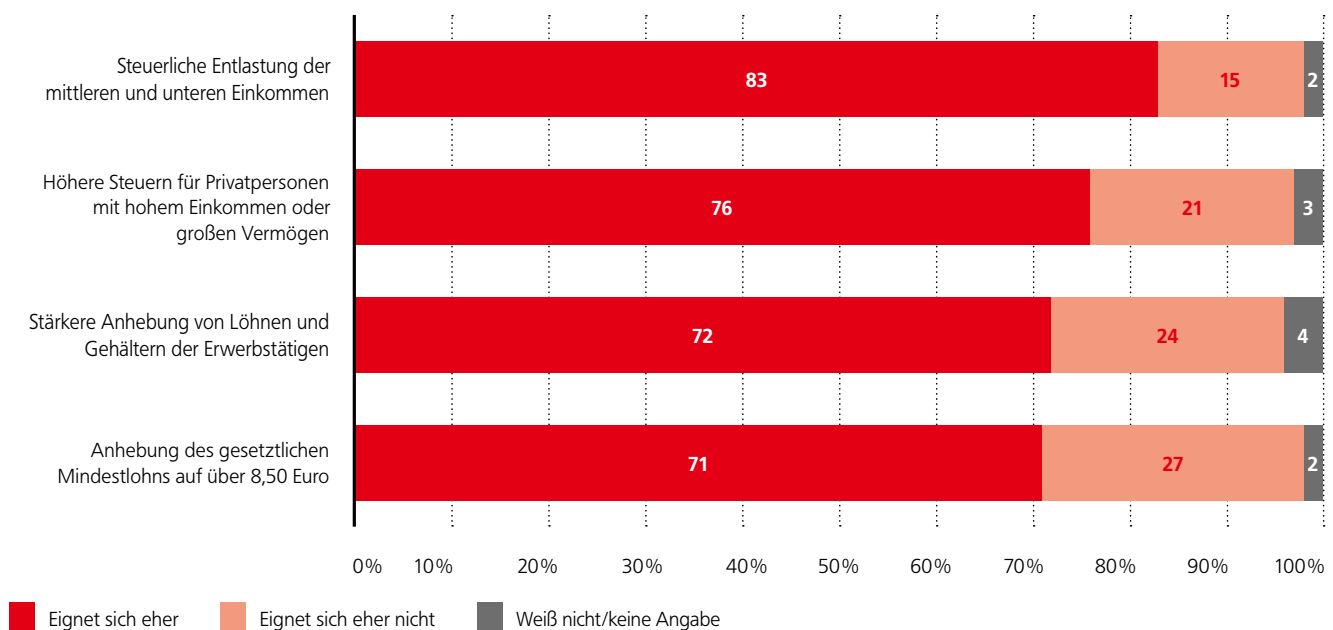
Jene Befragten, die die soziale Ungleichheit in Deutschland als zu groß ansehen, sind zudem gefragt worden, welche Maßnahmen geeignet wären, um die sozialen Unterschiede zu verringern. Dies bedeutet, dass im Folgenden die Präferenzen der „ungleichheitskritischen“ Befragten dargestellt werden, nicht die der – deutlich kleineren – Gruppe der ungleichheitsbefürwortenden Befragten. Außerdem ist zu beachten, dass – wie Studien zeigen – Kritik an zu großer Ungleichheit nicht zwangsläufig mit einer Befürwortung sozialstaatlicher Umverteilung einhergeht (vgl. Sachweh et al. 2009: 13). Dies mag daran liegen, dass es eine gewisse Ernüchterung über die ungleichheitsverringernenden Effekte sozialstaatlicher Intervention gibt.

Bei den bevorzugten Maßnahmen zur Verringerung sozialer Unterschiede zeigt sich folgendes Bild (vgl. Abbildung 2):

Die größte Zustimmung in der Bevölkerung erhält eine steuerliche Entlastung der mittleren und unteren Einkommen: 83 Prozent der Befragten – 84 Prozent in Westdeutschland und 81 Prozent in Ostdeutschland – befürworten diese Maßnahme. Die Zustimmung zu dieser Maßnahme ist relativ gleichmäßig über alle sozialen Schichten verteilt, und sie erreicht hohe Zustimmungswerte selbst bei denjenigen, die sich selbst der oberen Mittelschicht oder Oberschicht zuordnen (vgl. Tabelle 2). Lediglich bei denjenigen, die sehr geringe Einkommen beziehen, findet diese Maßnahme mit rund 76 Prozent Zustimmung vergleichsweise geringen Zuspruch; legt man ein ökonomisch-rationales Kalkül zugrunde, könnte dies daran liegen, dass diese Personen bereits vom Grundfreibetrag bei der Einkommenssteuer profitieren und somit eine weitere Entlastung wenig Einkommenseffekte hervorrufen würde.

Abbildung 2

Eignung von Maßnahmen zur Verringerung sozialer Unterschiede aus Sicht der „ungleichheitskritischen“ Befragten



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015)

Ebenfalls eine relativ hohe Zustimmung erhält der Vorschlag einer höheren Besteuerung von Personen mit hohem Einkommen oder großem Vermögen, wobei die Zustimmung im Osten mit 84 Prozent über dem bundesweiten Durchschnitt von 76 Prozent liegt. Bei dieser Maßnahme scheiden sich allerdings die Geister je nach politischer Orientierung und sozialer Lage: Während von den Wähler_innen der CDU nur 69 Prozent diese Maßnahme befürworten, liegt die Zustimmung bei den Wähler_innen der SPD mit 83 Prozent und der Linken mit 97 Prozent deutlich darüber. Bemerkenswert

ist, dass von denjenigen, die bei der letzten Bundestagswahl Bündnis 90/Die Grünen gewählt haben, trotz einer häufigeren Selbstverortung bei bessergestellten sozialen Schichten 91 Prozent diese Maßnahme befürworten. Ebenfalls stark ausgeprägt sind die Differenzen in Abhängigkeit von der Selbsteinschätzung der sozialen Lage: Während in der Unterschicht 87 Prozent höhere Steuern auf hohe Einkommen und große Vermögen für geeignet zur Reduzierung sozialer Unterschiede halten, sind dies in der oberen Mittelschicht bzw. Oberschicht nur 64 Prozent (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2

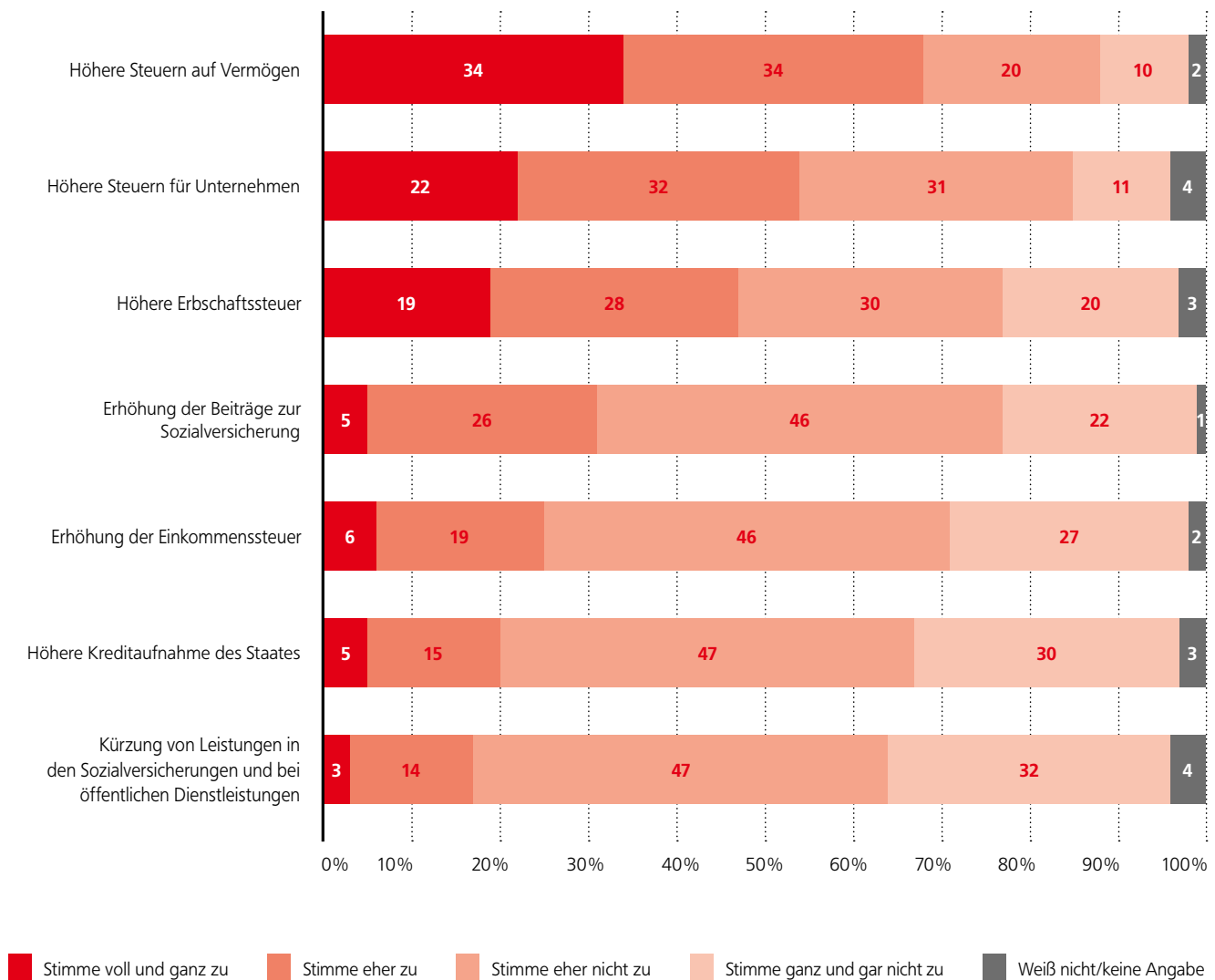
Eignung von Maßnahmen zur Verringerung sozialer Unterschiede nach Ansicht verschiedener Bevölkerungsgruppen

	Steuerliche Entlastung der mittleren und unteren Einkommen (%)	Höhere Steuern für Privatpersonen mit hohem Einkommen oder großem Vermögen (%)	Stärkere Anhebung von Löhnen und Gehältern der Erwerbstätigen (%)	Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf über 8,50 Euro (%)
Gesamt	83	76	72	71
Region				
West	84	74	69	70
Ost	81	84	80	77
Geschlecht				
Männlich	82	75	68	68
Weiblich	84	77	75	74
Schulabschluss				
Haupt-/Volksschule	84	78	73	78
Mittlere Reife/POS	85	74	71	70
Abitur/FH-Reife	82	79	72	69
Stimme Bundestagswahl 2013				
SPD	88	83	76	76
CDU/CSU	83	69	65	64
Bündnis 90/Die Grünen	86	91	67	71
FDP	84	70	70	73
Die Linke	80	97	85	84
Nicht teilgenommen	83	65	75	78
Subjektive Schichteinstufung				
Unterschicht	85	87	82	90
Arbeiterschicht	88	81	79	73
Mittelschicht	80	76	68	70
Obere Mittel-/Oberschicht	89	64	71	67
Eigene wirtschaftliche Lage				
Sehr gut	89	75	59	75
Gut	81	74	71	68
Teils gut/teils schlecht	86	79	74	73
Schlecht	83	81	83	88
Sehr schlecht	86	72	78	71
Haushalts-Nettoeinkommen				
Bis unter 1000 Euro	76	87	73	80
1000 bis unter 2000 Euro	83	80	70	76
2000 bis unter 3000 Euro	85	76	74	67
3000 bis unter 4000 Euro	84	75	69	76
4000 Euro und mehr	86	70	71	61

Antwort „eignet sich eher“; Basis: Befragte mit Zustimmung zu Frage 1 in Tabelle 1

Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015)

Abbildung 3
Einstellungen in der Bevölkerung zur Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen



Quelle: Eigene Auswertung der FES-Befragung „Zukunft des Wohlfahrtsstaates“ (2015)

Zwei weitere Maßnahmen erhalten weniger Zustimmung, werden aber immerhin von rund sieben von zehn Befragten begrüßt: 72 Prozent plädieren für eine stärkere Anhebung von Löhnen und Gehältern der Erwerbstätigen, und 71 Prozent der Befragten befürworten eine Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns auf über 8,50 Euro. Beide Maßnahmen haben überdurchschnittlich viele Befürworter in den unteren sozialen Schichten sowie in Ostdeutschland, aber generell sind sich die verschiedenen sozio-demographischen Gruppen in der Beurteilung dieser beiden Maßnahmen relativ einig: So befürworten beispielsweise auch von denjenigen Befragten, die sich der oberen Mittelschicht oder der Oberschicht zuordnen, über zwei Drittel höhere Löhne sowie eine Anhebung des Mindestlohns.

Bemerkenswert sind darüber hinaus die Ergebnisse bei einer Frage, bei der alle Befragten darum gebeten wurden, mehrere Möglichkeiten zur Finanzierung der sozialen Sicherung zu beurteilen (vgl. Abbildung 3). Während die Zustim-

mung zu einer Erhöhung der Einkommenssteuer (25 Prozent) und zu höheren Beiträgen zur Sozialversicherung (31 Prozent) relativ gering ist und sogar noch weniger Befragte für eine höhere Kreditaufnahme des Staates (20 Prozent) oder Leistungskürzungen bei Sozialversicherungen und öffentlichen Dienstleistungen (17 Prozent) plädieren, gibt es deutlich höhere Zustimmung zu drei Maßnahmen: Immerhin 47 Prozent befürworten höhere Erbschaftssteuern, 54 Prozent stimmen höheren Steuern für Unternehmen zu und sogar 68 Prozent plädieren für höhere Steuern auf Vermögen. Diese Ergebnisse zeigen eine weit verbreitete Ablehnung von weiteren Kürzungen im Sozialbereich und eine geringe Bereitschaft, zukünftige Generationen durch höhere staatliche Verschuldung zu belasten. Sie zeigen auch, dass nach Ansicht vieler Menschen jene Teile der Gesellschaft, die von der wirtschaftlichen Entwicklung besonders profitiert haben, in stärkerem Maße in die gesellschaftliche Verantwortung genommen werden sollten.

5

FAZIT: EINE FRAGE DER STRATEGIE

Die Ergebnisse der hier vorgestellten Befragung zeigen, dass eine breite Mehrheit der Bevölkerung – über alle politische Lager und soziale Schichten hinweg – die soziale Ungleichheit in Deutschland nicht nur als zu groß ansieht, sondern auch als schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung. Dies bedeutet eine Abkehr vom langjährigen Mantra einer Schädigung der Wirtschaft durch zu große soziale Gleichheit und deckt sich mit Befunden internationaler Organisationen wie der OECD oder des IWF zum Einfluss von Ungleichheit auf das Wirtschaftswachstum.

Die Ergebnisse der Befragung zeigen auch: Sofern man den Bürger_innen konkrete Maßnahmen zur Reduzierung der sozialen Ungleichheit vorstellt, gibt es eine recht hohe Zustimmung für viele Maßnahmen, nicht zuletzt für Steuern auf hohe Vermögen und Erbschaften. Dabei mag jede_r Befragte eine andere Gruppe vor Augen haben, wenn von hohem Einkommen oder großen Vermögen die Rede ist. Aus der Vergangenheit weiß man, dass es um diese Abgrenzungen heftige Kontroversen gibt. Noch populärer als das Drehen an der Steuerschraube sind aber Entlastungen mittlerer und unterer Einkommen. Hier spiegelt sich die auch in den öffentlichen Diskursen populäre Einschätzung wider, dass der Staat diese Gruppen unnötig hoch belasten würde.

Zudem deutet die Umfrage darauf hin, dass sich aus der grassierenden Ungleichheitskritik nicht zwangsläufig Forderungen nach mehr Umverteilung ergeben. Zwar gibt es durchaus beachtliche Unterstützung für eine höhere Besteuerung von hohem Einkommen und großen Vermögen, aber diese Positionen dürften durchaus mit Gegenwind rechnen. Dies mag auch in der Wahrnehmung begründet sein, dass der Wohlfahrtsstaat, den es zu finanzieren gilt, in den Augen einer relativ großen Bevölkerungsgruppe nicht zur Reduktion von Ungleichheit beitrage. Während Kritik an der sozialen Ungleichheit in Deutschland schichten- und gruppenübergreifend vorhanden ist, finden wir bei der Frage nach Maßnahmen zu ihrer Reduzierung erhebliche Unterschiede, nicht nur hinsichtlich parteipolitischer Orientierung, sondern auch hinsichtlich sozialer Positionierung. Wichtig ist hier, wie so oft, die Haltung der Mittelschicht, die sich allerdings als uneinheitlich darstellt. Deshalb wird es politisch auch von Bedeutung sein, wie man die Interessen und Orientierungen dieser Gruppe

hinreichend einbindet und adressiert. Das kann durch die richtigen sozialpolitischen Weichenstellungen gelingen. Ein wichtiger Anknüpfungspunkt ist dabei sicherlich das bereits vorhandene Bewusstsein, dass soziale Ungleichheit nachhaltigem Wachstum schadet.

Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

- 4 Abbildung 1
Einstellungen in der Bevölkerung zu Aussagen über soziale Ungleichheit
- 5 Tabelle 1
Zustimmung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu Aussagen über soziale Ungleichheit
- 8 Abbildung 2
Eignung von Maßnahmen zur Verringerung sozialer Unterschiede aus Sicht der „ungleichheitskritischen“ Befragten
- 9 Tabelle 2
Eignung von Maßnahmen zur Verringerung sozialer Unterschiede nach Ansicht verschiedener Bevölkerungsgruppen
- 10 Abbildung 3
Einstellungen in der Bevölkerung zur Finanzierung der sozialen Sicherung und öffentlicher Dienstleistungen

Literaturverzeichnis

- Dabla-Norris, Era; Kochhar, Kalpana et al. 2015: Causes and Consequences of Income Inequality: A Global Perspective, IMF Staff Discussion Note 15/13, International Monetary Fund, Washington, D.C.
- Grabka, Markus M. 2014: Ungleichheit in Deutschland – Langfristige Trends, Wendepunkte, in: Sozialer Fortschritt 63 (12), S. 301–307.
- Kenworthy, Lane; McCall, Leslie 2008: Inequality, Public Opinion and Redistribution, in: Socio-Economic Review 6 (1), S. 35–68.
- Nüchter, Oliver; Bieräugel, Roland et al. 2010: Der Sozialstaat im Urteil der Bevölkerung, Opladen.
- OECD 2015: In It Together: Why Less Inequality Benefits All, OECD Publishing, Paris.
- Oxfam 2016: An Economy For the 1%: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped. Briefing Paper 210, 18 January 2016, Oxford.
- Sachweh, Patrick; Burkhardt, Christoph et al. 2009: Wandel und Reform des deutschen Sozialstaats aus Sicht der Bevölkerung, in: WSI-Mitteilungen 62 (11), S. 612–618.

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN 978-3-95861-466-6

Titelmotiv: © Markus Milde / VISUM

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

